Die Zollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika von der Beendigung des Welt=krieges bis zum Fordney=Mc. Cumber Tarif

Auszug

aus einer Schrift zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau

vorgelegt von

Rudi Schlesinger

zu Breslau.

Breslau 1927.

Druck der Breslauer Genossenschafts-Buchdruckerei, E. G. m. b. H.

Gedruckt mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau.

Berichterstatter: Professor Dr. Bräuer.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Nach einer einleitenden Betrachtung der Entwickelungstendenzen der amerikanischen Zollpolitik seit Gründung der Union behandelt ein weiterer einführender Teil der Dissertation die Zollpolitik der Vereinigten Staaten während des Weltkrieges. Das Wiederaufleben der protektionistischen Strömungen, die durch die Gesetzgebung des Jahres 1913 (Underwood-Simmons Tarif) stark in den Hintergrund gedrängt waren, führt im Jahre 1916 zu den zollpolitischen Bestimmungen der War Revenue Act hin, deren wesentlichsten Bestandteil die Zölle zum Schutze der Chemischen Industrie,' die Maßnahmen gegen unlauteren Wettbewerb zwecks Verhinderung ausländischer Dumpingbestrebungen und die Schaffung einer permanenten Tarifkommission bilden. Sind die Wirkungen des Weltkrieges auf die amerikanische Wirtschaft als prohibitiv zu bezeichnen, so wird die Zollpolitik nach Beendigung des Weltkrieges, wie der erste Teil der Arbeit zeigt, zunächst durch die Landwirtschaftskrise gekennzeichnet. Die Agrarkrise von 1920, hervorgerufen durch Deflation, günstige Auslandsernten und vor allem durch den Verlust großer ausländischer Absatzgebiete, fördert die hochschutzzöllnerischen Bestrebungen und führt zur Emergency-Bill vom Dezember 1920, die am Veto des Präsidenten Wilson scheitert. Nach der Inauguration des neuen Präsidenten, des Hochschutzzöllners Warren Harding, erfreut sich der Hochschutzzollgedanke eifriger Förderung durch das Weiße Haus, als deren Frucht der Notstandstarif von 1921 betrachtet werden muß, der eine sehr bedeutsame Etappe auf dem Wege zur Hochschutzzollpolitik darstellt. Dieses Gesetz bedeutet einen Fehlschlag, wenn man tatsächliche Auswirkung des Tarifes mit ursprünglicher Zielsetzung vergleicht. Wird die von den Farmern erstrebte Preissteigerung der Agrarprodukte durch den Tarif nicht erreicht, so verfehlen auch die vorgesehenen Anti-Dumpingmaßnahmen ihren Zweck, da sie das gefürchtete Valuta-Dumping, das durch das stetige Sinken der Wechselkurse der europäischen Staaten hervorgerufen ist, nicht zu beseitigen vermögen.

Die Schilderung und kritische Betrachtung der Kämpfe, die dem Zustandekommen des Fordney-Mc. Cumber-Tarifes vorangehen, bildet den Gegenstand des zweiten Teiles der Arbeit. Daß ein amerikanischer Zolltarif weit weniger das Ergebnis ein-

heitlicher nationaler Politik als vielmehr das Resultat mannigfachster und verschiedenartigster Wünsche und Forderungen von seiten auseinanderstrebendster Einzelinteressen ist, wird durch die langjährigen Verhandlungen vor den beiden Häusern des Parlaments und besonders vor deren Ausschüssen klar erwiesen. Die Verhandlungen vor dem Finanzausschuß des Senats, deren eingehendes Studium an Hand des reichhaltigen Quellenmaterials dem Verfasser einen genauen Einblick in die Werkstatt der amerikanischen Gesetzgebung gewährt, beleuchten schlaglichtartig diese Divergenz verschiedenartigster Interessen des Landes. Eine eingehende Darstellung und kritische Beurteilung der mannigfaltigen Bestrebungen seitens der führenden Wirtschaftskräfte der amerikanischen Landwirtschaft und Industrie zeigt, wo die Wurzeln jener Hochschutzzollpolitik gelegen sind, wie sie uns im Fordney-Mc. Cumber-Tarif, der das Ergebnis der langjährigen Kämpfe vor Repräsentantenhaus, Senat und Ausschüssen bildet, entgegentritt.

Der dritte Teil der Arbeit besteht aus einer Analyse des neuen Hochschutzzollgesetzes. Nach einer Würdigung der Getreidezölle, der Woll- und Zuckerzölle werden die Zollsätze, die für die einzelnen Industriezweige vorgesehen sind, eingehend untersucht. Doch eine Untersuchung der Zollsätze des Tarifes allein würde nicht genügen, die hochschutzzöllnerische Tendenz dieses Gesetzes aufzuzeigen. Eine Darstellung der gänzlich neuartigen Flexibilitätsbestimmungen, die erst das autarke Wirtschaftssystem vollenden helfen, eine Betrachtung der außerordentlich harten Verwaltungsvorschriften sowie eine Erörterung der Stellung der Tarifkommission innerhalb der amerikanischen Zollgesetzgebung, ihrer neuen Befugnisse und Vollmachten, treten ergänzend hinzu. Eine kritische Beurteilung der bisherigen Auswirkung des neuen Tarifgesetzes in zollpolitischer und in finanzpolitischer Beziehung beschließt den dritten Hauptteil der Arbeit. Ein Rückblick faßt noch einmal die Ergebnisse der Untersuchung zusammen, während ein Ausblick die Bedingungen aufzeigt, unter denen der Weg von einseitig nationaler handelspolitischer Einstellung aufwärts zu weltwirtschaftlichen Perspektiven, von einem autarken Wirtschaftssystem zu weltökonomischer Konnexität führen kann.